

Tunesien: Einmal mehr Vorreiter

Der Ausgang der Wahlen bietet gute Chancen für erfolgreiche Demokratisierung

Isabelle Werenfels

Der Wahlsieg der gemäßigt islamistischen Ennahdha hat die Chancen für eine erfolgreiche Demokratisierung Tunesiens nicht geschmälert. Im Gegenteil, die Ausgangssituation ist günstig, da Ennahdha Regierungsverantwortung übernehmen wird, aber nicht allein regieren kann. Die sich abzeichnende islamistisch-linke Koalition wird breite Akzeptanz in der Bevölkerung haben. Das ist auch nötig, denn die Wirtschaft muss angekurbelt, »alte« Mentalitäten und Praktiken im Staatsapparat müssen überwunden werden. Da schon in einem Jahr Parlamentswahlen stattfinden sollen, haben Ennahdha und ihre Koalitionspartner großes Interesse daran, bis dahin eine gute wirtschaftliche und politische Bilanz vorzuweisen. Europa sollte die Demokratisierung weiterhin mit Geld, Sachverstand und vertiefter Kooperation unterstützen – vor allem aber mit Vertrauen und Geduld.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Tunesien am 23. Oktober 2011 waren ein beachtlicher Erfolg. Nationale und internationale Beobachter attestierten eine ausgesprochen professionelle Organisation sowie insgesamt faire und freie Wahlen mit nur vereinzelten Unregelmäßigkeiten. Auch das Wahlergebnis dürfte der weiteren Demokratisierung förderlich sein.

Obwohl sich rund 80 Parteien zur Wahl stellten, ist die gewählte Versammlung nicht zersplittert. Zwar sind 19 Parteien, acht unabhängige Listen und eine Koalitionsliste vertreten, aber die Mehrheit der Sitze entfällt auf nur wenige Parteien. Sie decken fast das ganze politische Spektrum ab.

Auf die Wahlsiegerin, die islamistische Ennahdha (arab. für Renaissance), die 91 der 217 Sitze ergatterte, folgen mit dem Congrès pour la République (CPR, 30 Sitze) und Ettakatol (21 Sitze) zwei linke Parteien. Auch dezidiert laizistische und liberale Kräfte sind mit insgesamt rund 30 Sitzen präsent, darunter zwei Parteien, die als Sammelbecken ehemaliger Anhänger oder Kader des alten Systems gelten. Überraschend erfolgreich waren die Listen der Pétition populaire (19 Sitze), deren politische Ausrichtung schwer einzuschätzen ist. Einige Listen der Pétition wurden nach den Wahlen ausgeschlossen. Das verursachte Unruhen, ausgerechnet in Sidi Bouzid, wo die tunesische Revolution begonnen hatte.

Abgestraft wurde hingegen die ehemalige Oppositionspartei PDP (Parti démocrate progressiste, 17 Sitze). Bei Umfragen hatte sie noch an zweiter Stelle gelegen. Ihr wurde zum Verhängnis, dass sie sich im Wahlkampf dreist über die Regeln zur politischen Werbung hinwegsetzte. Zudem missfiel es vielen Tunesiern, dass sie von Frankreich, den USA und Wirtschaftseliten des alten Regimes unterstützt wurde.

Umgekehrt haben mit Ennahdha, CPR und Ettakatol diejenigen Parteien am besten abgeschnitten, deren Opposition und Distanz zum Ben Ali Regime am wenigsten in Zweifel stehen. Entsprechend hoch dürfte die Legitimität der neuen Exekutive sein. Sie wird von der Versammlung bestimmt und wird sich voraussichtlich aus diesen drei Parteien zusammensetzen.

Das In- und Ausland wird diese Parteien erstmals an ihren Taten messen können. Das gilt insbesondere für Ennahdha. Sie kann die Weichenstellungen in dieser Demokratisierungsphase maßgeblich beeinflussen, aber nicht allein darüber entscheiden. Zwar unterstellen ihr laizistische Kräfte in Tunesien, sie wolle die Trennlinie zwischen Religion und Politik in der neuen Verfassung verschieben. Doch weder gibt es dafür handfeste Anzeichen noch könnte sie dies durchsetzen.

Die nächsten Etappen

Der nächste Schritt der tunesischen Demokratisierung ist die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Danach sollen Parlaments-, Kommunal- und Präsidentschaftswahlen stattfinden. Offen ist, wann und in welcher Reihenfolge. Vor den Wahlen hatten sich die meisten Parteien für ein Mandat von einem Jahr ausgesprochen. Lediglich der CPR forderte zwei bis drei Jahre, um Zeit für Reformen zu haben. Wahrscheinlich wird man sich auf gut ein Jahr einigen.

Ein Vorteil dieses Prozesses in Etappen liegt darin, dass die Wahl vom 23. Oktober eine Art »Barometer-Funktion« hatte, die Verlierer indes schon bald eine weitere

Chance bekommen und darum wenig Interesse haben, den Prozess zu behindern. Die Kehrseite ist, dass die Übergangsphase andauert und das Land sich ständig im Wahlkampf befindet. Wohl wird es nun eine legitimierte Exekutive bekommen, aber wiederum nur auf Zeit, so dass ihre Mitglieder schon auf die nächsten Wahlen schielen. Zwar wird sie daran interessiert sein, Probleme tatkräftig anzugehen, aber davor zurückscheuen, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Dies könnte ihre Handlungsfähigkeit beschneiden.

Streitpunkte und Dilemmata

Die Diskussion über die zu erarbeitende neue Verfassung dürfte sich vor allem um einige wenige Kernfragen drehen: die Art des politischen Systems (präsidial, parlamentarisch oder eine Mischform), die nationale Identität, die Rolle der Religion im Staat und die Gleichstellung der Geschlechter. Was Frauenrechte betrifft, ist Tunesien seit Jahrzehnten Vorreiter in der arabischen Welt. Für die Wahllisten galt eine Frauenquote von 50%; 24% der Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung sind Frauen. Weiterhin hat sich die Wahlsiegerin Ennahdha für ein parlamentarisches System ausgesprochen. Ein reines Präsidialsystem dürfte damit vom Tisch sein. Allenfalls ein von anderen Parteien favorisiertes Mischsystem stünde noch zur Debatte. Was nationale Identität und Rolle der Religion im Staat anbelangt, zeichnet sich ab, dass Artikel 1 der alten Verfassung übernommen werden wird. Dort heißt es, der Islam sei die Religion und das Arabische die Sprache Tunesiens. Die laizistischen Kräfte, die den Islam gern aus der Verfassung verbannt sähen, sind zu schwach, um sich durchzusetzen. Dasselbe dürfte für die erstarkende Berberbewegung gelten, die die offizielle arabisch-muslimische Identität um eine »Berberdimension« erweitern möchte. Beibehalten wird wohl zudem der Passus zur Religionsfreiheit (Artikel 5), denn auch Ennahdha spricht sich dafür aus.

Die Wahlsiegerin, die Kopftuchzwang und Alkoholverbot ablehnt, steckt in diesen Fragen allerdings in einem politischen Dilemma: Sie präsentiert sich als tunesisches Pendant zur türkischen Regierungspartei AKP. Wenn sie nun auch entsprechend handelt, grenzt sie sich spürbar vom weniger moderaten islamistischen Spektrum ab, überlässt radikaleren Kräften wie etwa den Salafisten das (Oppositions-)Feld und riskiert, Wählerstimmen zu verlieren.

Dennoch spricht vieles dafür, dass Ennahdha an ihrem liberalen Kurs festhalten wird. Schließlich ist auch sie stark geprägt vom gesellschaftlichen Modernisierungsprojekt des ersten Präsidenten Tunesiens, Habib Bourguiba. Dies unterscheidet sie von anderen islamistischen Akteuren in der arabischen Welt. Außerdem ist Ennahdha ein Gewächs der tunesischen politischen Kultur, die traditionell stark konsensorientiert ist.

Diese Kultur der Einigung, kombiniert mit einem in der tunesischen Elite und Verwaltung verbreiteten hohen Anspruch an Sorgfalt und Präzision, hat maßgeblich zum Gelingen der ersten freien Wahlen beigetragen. Angesichts der Schwäche des Staates und des Fehlens eines »starken Mannes« nach dem Sturz Ben Alis war dieser Erfolg nicht selbstverständlich. Zusammen mit dem hohen Bildungsniveau und der buchstäblich explosionsartigen Entfaltung zivilgesellschaftlichen Engagements sind dies vielversprechende Voraussetzungen für die Demokratisierung.

Herausforderungen und Gefahren

Bei allem Optimismus sollten Herausforderungen und Gefahren nicht vergessen werden. Die voraussichtlich von Ennahdha-Generalsekretär Hamadi Jebali geführte Übergangsregierung steht vor enormen konjunkturellen und strukturellen Problemen.

Erstens muss sie aus der wirtschaftlichen Krise herausfinden, in der sich Tunesien seit Ben Alis Sturz befindet. Infolge von Investitions- und Produktionseinbrüchen

sowie einem Rückgang des Tourismus um 50% bewegt sich das geschätzte Wachstum 2011 um 0%. Die Arbeitslosigkeit – ein Hauptgrund für die Unruhen, die am Beginn der Jasminrevolution standen – hat gegenüber 2010 um 3 Prozentpunkte zugenommen.

Die mittelfristigen Perspektiven sind nicht schlecht. Die Übergangsregierung hat Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme aufgelegt. Für 2012 wird ein Wachstum von 3,9% prognostiziert. Dennoch existiert eine Spannung zwischen den hohen Erwartungen der Bevölkerung und den sich wohl erst langsam bessernden wirtschaftlichen Perspektiven. Ennahdha hat im Wahlkampf gar mit 7% Wachstum und 590 000 neuen Arbeitsplätzen bis 2016 geworben, ohne zu sagen, wie sie dies verwirklichen will. Genauso wie die bisherigen Übergangsregierungen könnte sie sich bald mit massiven Demonstrations- und Streikwellen und damit weiteren wirtschaftlichen Einbußen konfrontiert sehen. Zudem droht die Gefahr, dass radikale und populistische Kräfte gestärkt werden. Soll Demokratisierung gelingen, muss der Aufschwung bald kommen.

Zweitens müssen die neuen politischen Eliten ökonomische, gesellschaftliche und politische Ungleichgewichte mindern. Gefragt ist vor allem regionaler Ausgleich, nicht nur in sozio-ökonomischer Hinsicht, sondern mit Blick auf politische Repräsentation. Die Provinz Sidi Bouzid etwa hat seit der Unabhängigkeit keinen einzigen Minister gestellt. Ein weiterer heikler Punkt ist die mangelnde politische Repräsentation der jungen Tunesier. In den erfolgreichen Parteien ist nach wie vor die alte Generation am Ruder. Die Jüngeren hatten entweder auf den Wahllisten vieler Parteien schlechte Plätze oder konnten sich, wie viele der im Aufstand gegen Ben Ali so aktiven Blogger, mit den etablierten Parteien nicht identifizieren und kandidierten auf chancenlosen unabhängigen Listen.

Drittens steht die Auseinandersetzung mit den Handlangern des alten Regimes und einem Verwaltungsapparat an, in dem

Praktiken und Denkweisen aus der Zeit Ben Alis noch verbreitet sind. Bislang hat es in Justiz und Polizei, aber auch Universitäten und Medien Neubesetzungen fast nur in den obersten Etagen gegeben, wenn überhaupt. Viele Tunesier wünschen sich einen konsequenteren und härteren Umgang mit alten Kräften und Usancen, auch in der Privatwirtschaft. Hier gilt es, die richtige Balance zwischen zu viel Laxheit und zu rigidem Vorgehen zu finden.

Nicht zuletzt muss die neue Regierung Sicherheit und Ordnung wiederherstellen. Infolge der Schwäche des Staates seit dem Sturz Ben Alis haben sich im Innern und im Süden des Landes Kriminalität, Wegelagererei sowie tribale Loyalitäten und Auseinandersetzungen verstärkt, teilweise befeuert von Kräften des alten Regimes. Ungewiss ist, welche Rolle Waffen und militante Gruppen aus Algerien und Libyen spielen. Klar ist nur, dass Tunesien dringend auf die Kooperation mit diesen Nachbarstaaten angewiesen ist. Doch Libyen steht erst am Anfang eines schwierigen Staatsaufbaus und Algerien hat aufgrund seiner innenpolitischen Situation nur wenig Interesse am Erfolg der tunesischen Demokratisierung.

Europa braucht einen langen Atem

Die EU und besonders Deutschland haben den Übergangsprozess in Tunesien bisher nachdrücklich unterstützt und sollten dies unvermindert fortsetzen. Dabei ist eine Reihe grundsätzlicher Punkte zu beachten.

Erstens dürfen bestehende Ungleichgewichte nicht noch verstärkt werden. Darum sollten Projekte und Investitionen sich nicht mehr vorwiegend auf Tunis und andere Küstenstädte, sondern auch auf die wenig privilegierten Regionen im Innern und im Süden des Landes konzentrieren. Europa könnte überdies anregen, tunesische Behörden zu dezentralisieren.

Zweitens hat Mobilität eine außerordentliche symbolische Bedeutung: Ringt die EU sich zum Beispiel durch, jährlich 50 000 Tunesiern mit Hochschulabschluss Arbeits-

visa zu erteilen, mag dies ökonomisch nicht groß ins Gewicht fallen. Aber es würde jungen Tunesiern Perspektiven eröffnen und signalisieren, dass Demokratisierung sich lohnt.

Drittens ist es sinnvoll, finanzielle Hilfen und engere Anbindung an Europa davon abhängig zu machen, dass Tunesien auf Demokratisierungskurs bleibt. Frankreich hat hier allerdings kein gutes Beispiel gegeben, weil es noch vor Bekanntgabe der offiziellen Wahlergebnisse Bedingungen für die Kooperation mit Tunesien gestellt hat. Damit hat es nicht nur Ennahdha, sondern alle tunesischen Wähler vor den Kopf gestoßen.

Viertens braucht und verdient Tunesien nach der erfolgreichen ersten Übergangsphase und den Wahlen das Vertrauen Europas. Es gibt bislang keinen Grund, Ennahdha verborgene Absichten zu unterstellen und ihr weniger Vorschusslorbeeren zu geben als einem säkularen Wahlsieger.

Fünftens braucht die Europäische Union ihrerseits Geduld. Demokratisierungsprozesse, etwa in Lateinamerika, haben mehr als ein Jahrzehnt gedauert und verzeichneten auch Rückschläge. Tunesien hat keinen so starken externen Reformanreiz wie die Perspektive eines EU-Beitritts für die ost- und mitteleuropäischen Länder. Stattdessen wird das Land Programm und Tempo der Reform selbst bestimmen wollen und müssen. Aber es wird sich für die EU auszahlen, weiterhin in Tunesiens Übergangsprozess zu investieren: Von allen Staaten der Region hat es die besten Perspektiven, sich innerhalb der nächsten Dekade zu einer konsolidierten Demokratie zu entwickeln. Zwar sind Erfolge in Tunesien wegen unterschiedlicher struktureller Voraussetzungen nicht direkt auf andere arabische Staaten übertragbar. Dennoch erfüllt es eine wichtige Vorbildfunktion für die Bevölkerungen in der arabischen Welt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364